

# Berliner

# Volks-Zeitung

### Kurze Chronik.

Die Herrenhauskommission für die Fortsetzung der Bahn nach Glettschitzung der West- und Ostbahn hat ihre Beratungen abgeschlossen und die Vorlage unverändert nach den Wünschen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die Subjektionsmission des Reichstages hat heute bei der Weiterberatung der Militärpolitik von dem geborenen Reichsministerpräsidenten drei Gesetzen und sich dann bis zum 20. Mai vertagt.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Erich Schmidt ist gestern abend gestorben.

Im Italienischen Senat ist die Wahl mit dem Julanoten, durch den Kaiser, die das Bürgerrecht nicht erwerben können, vom Kaiser erwerb in Italien für den Senat ausgeschlossen worden, angenommen worden.

Wahres im Text des Blattes.

### Das Urteil im „Fall Stier“.

Der Oberichter hat nun endlich das Urteil im Disziplinerverfahren gegen den Herr Stier aus gesprochen. Es lautet auf Strafbefehl und Freigabe, ohne die Kosten für den Mann, der im Interesse seiner armen Rückengemeinde an den Kampf gegen eine übermächtige Weltereputation und gegen gewisse Spekulationen gewissen Beziehungen zu betriebligen Eruptionen stand, jahrelang gefesselt hat, dem von der vorgehenden Behörde schon seit einiger Zeit die Führung der Angelegenheit und das Gehalt entzogen worden ist, angeblich, um seine ehtlichen Leberzeugen zu scharf insidieren zu lassen und dabei den Landrat und andere „hohe Herren“ in der Provinz durch die ganze Witterung auch persönlich schon länger gelähmten Mann bedeutet das Urteil des Oberichters den höchsten Mann, der in dem irtümlichen Glauben, daß auf dieser Erde Wahrheit und Recht auf alle Fälle zum Siege kommen müssen, einen Kampf gegen das Großkapital und gegen einflußreiche Kreise aufnahm, von formalen Gesetz zur Strecke brachte, die Oberichter wirklich diese Behörde, die ihrer ganzen Zusammenlegung nach geeignet und berufen wäre, in sich einen komplizierten Falle zu urteilen? Kennen die Richter des Herr Stier nicht das Weien und die Praktiken der gemeinlichste Weltereputation so gut, daß sie sich imstande fühlen, den hier in Betracht kommenden Sachverhalt klarzulegen?

Man hat dem Herr Stier im allgemeinen in der Sache recht geben müssen — die Verschleppung der Weltereputation durch die Weltereputation hat man allerdings nicht zu wünschenswert nicht anerkennen wollen, obwohl sie schon von autoritativer Seite zugegeben worden ist —, verurteilt hat man den Herr Stier jedoch lediglich mit Rücksicht auf sein formal wichtiges Vergehen. Es ist bedauerlich, daß der „Fall Stier“ in so eigenartiger Weise ausfällt. Es ist wie gewöhnlich eine Vertauschung der Begriffe und Anschuldigungen erhoben worden, wurde der eigentliche Angeklagte in den Angelegenheiten verurteilt. Seine Gegner aber, die Rolle der Ankläger und teilweise auch der Zeugen. Der Prozeß hätte naturgemäß vor einem ordentlichen Gericht öffentlich und mündlich verhandelt werden müssen, wobei dem die Rechtsmittel der Berufung und Revision gegeben waren. So aber hat der Oberichter in aller Stille zu Gericht gesessen, es war dem Herr Stier nicht möglich, eine mündliche Verhandlung und die Vernehmung von ihm benannten Zeugen zu erreichen. Das Urteil ist ausgefallen, wie man unter diesen Umständen erwarren mußte. Bemerkenswert ist, daß dem Herr Stier das Urteil erst vier Wochen nach der Entscheidung mitgeteilt wurde. Es wäre sonst möglich gewesen, im preussischen Abgeordnetenhauses beim Ministerrat die Sache zur Sprache zu bringen!

Die „Fall Stier“ wird wieder zu einer heftigen Diskussion über die Gerichtsbarkeit der Kommissionen und des Oberichters Anlaß geben. In den Fällen „Jah“ und „Lamb“ handelte es sich um Glaubens- und Kirchenfragen, diesmal aber hat die höchste kirchliche Instanz in Preußen zu Gericht gesessen über einen Mann, der lediglich die wirtschaftliche Benachteiligung seiner Gemeinden verhindern wollte und der sich als Christus die Weisheit und Schwärmer aus seinem Reichspiel vorzuzugelte. Es sei noch darauf verwiesen, daß in der Beurteilung zur Tragung der Kosten eine besondere Härte liegt, da der Herr Stier seit Jahr und Tag sein Gehalt mehr bezog und seine Leiden Später großen für Unvollkommenheit zu gewohnt hat. Er hat sich in dem Kampfe für das Recht seiner Gemeinden in jeder Hinsicht rühmt.

### Eine entschiedene Forderung.

Das Wiederaufbau fördert man und die Wiederaufbauvereine zu Berlin sind unter ähnlichen Umständen das Gelingen an den Stand der Arbeit in beiden Wiederaufbauvereinen, das an den Großherzog eine Verbindung und an deren Spitze Herr Konrad Wilbrandt entstände. Dem Großherzog ist nahe gelegt worden, falls es eine Organisation einer Wiederaufbauvereine, so möge dieser nicht mehr dem fernen Wien zuzuziehen.

## Die österreichischen Maßnahmen.

Die neuesten Nachrichten aus Wien lassen erkennen, daß die österreichische Regierung entschlossen ist, in eine Hinauszögerung der Lösung der Estnarsfrage nicht mehr einzugehen. Gest König Nikolaus wird nicht beabsichtigt, damit werden die militärischen Operationen, um ihn dem Willen Oesterreichs gefällig zu machen, sofort beginnen. Wir erhalten nachfolgende Drahtberichte:

Wien, 30. April.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: Über den Verlauf der nächsten Tage verläutet: Die Aktion Oesterreichs gegen die Estnarsfrage wird mit größter Wahrscheinlichkeit durchgeführt. Wegen der übermorgen erwartet man die Bekanntgabe des Entschlusses der italienischen Regierung. Sodann wird Oesterreich-Italien allein oder gemeinsam mit Italien an König Nikolaus eine bestimmte Aufforderung zur Räumung Estnars richten. Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, wird der Oesterreich-Italien-garische Gesandte in Cetinae abberufen, und die militärischen Operationen werden unverzüglich beginnen.

Die bürgerlichen Blätter begrüßen freudig den Entschluß der Regierung, die Durchführung der internationalen Abmachung über Estnars jetzt selbst in die Hand zu nehmen. Sie betonen dabei, daß das Vorgehen Oesterreichs an die Stelle einer europäischen Gesamtkonferenz treten und Oesterreich-Italien einen Anstoß einer anderen Macht willkommen heißen würde. Sie erwägen auch die Möglichkeit, daß König Nikolaus in letzter Stunde nachgibt, wodurch ein Einverständnis gegen Montenegro wird bewirkt werden würde, welches es aber nicht für wahrscheinlich hält. Der eventuelle Beitritt Italiens an dem Vorgehen der Monarchie schein die Blätter mit großer Sympathie gegenüber. Die Beteiligung Italiens wäre ein großer Gewinn und würde dem diplomatischen Bündnis zunehmende Festigkeit sichern. Die Haltung der deutschen Regierung und die Stimmung des deutschen Volkes für Oesterreich-Italien wird mit aufrichtiger Genugtuung empfunden.

### Audienzen und Konferenzen.

Wien, 29. April.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Heute nachmittags wurde Graf Werstoltschomir beim Kaiser in längerer Audienz empfangen.

Wien, 30. April.

Wie die „Reichspost“ meldet, hatte der Erzherzog-Kronprinz Franz Ferdinand gestern nachmittags im kaiserlichen Amt mit dem Grafen Werstoltschomir eine längere Besprechung. Mittags konferierte Graf Werstoltschomir mit dem italienischen Vizekonsul Graf Serzo Avarna über die Estnarsfrage.

Wien, 30. April.

Der „Reichspost“ meldet aus Wien: Die Meldung des „Times“, daß Rußland hier eine drohende Verbalnote

betreffend die Möglichkeit eines gesonderten Vorgehens der Monarchie habe überreicht lassen, ist zu wach. Diese und ähnliche Nachrichten verfolgen offenbar nur den Zweck, die Beziehungen zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett zu trüben. Der „Reichspost“ fügt hinzu: Die Monarchie wird nicht um Haarebreite über die europäischen Verhältnisse hinausgehen. Auch die übrige Presse erörtert die Möglichkeit eines gesonderten Vorgehens. Fast sämtliche Blätter geben ihrer rückhaltlosen Zustimmung zu dieser Politik Ausdruck.

### Eine englische Warnung.

London, 30. April.

Die „Times“ schreiben in einem langen Artikel: Wir können uns nicht entschließen zu glauben, daß Oesterreich-Italien alle Früchte seiner Gebuld und Mühe, die es bisher an den Tag gelegt, aufgeben wird, falls es nicht und bis es nicht findet, daß Europa es tatsächlich im Stiche gelassen hat. Es ist nötig zu sagen, daß wir jetzt nicht die geringste Spur eines solchen Absichts von Seiten Europas entdecken können. Im Gegenteil, die Blätter legen fast und besonders den ungarischen Blättern, von der einmal gefaßten Entscheidung nicht abzugehen. Rußland ist in dieser Hinsicht ebenso fest entschlossen als die übrigen. Wir erlauben von Paris, daß die russischen Vorkämpfer in allen wichtigen Hauptstädten identische Erklärungen abgeben haben, die ausdrücklich festlegen, daß nach dem Ausbruch der Krise untergeordnet hat, die König Nikolaus zur Auslieferung Estnars nicht beabsichtigt, da voran festhält, daß Montenegro den Ort nicht bekommen darf. Von Petersburg hören wir das selbe. Nicht kann klarer oder kategorischer sein.



Waffen zu übertragen werden, sondern Männern, die das Verstecken des Waffens befehlen. Dem von den Bürgern unterhaltenen Polizeistatut über den Beschluß der „Demokraten“ vor Gericht die Rodnichte geplant. Aber auch die national-liberale Presse, die immer mehr mit der konservativen schon tut, beweist die Förderung der freien Willigen Volksworte. Sie trägt durch ihre Verhalte erheblich dazu bei, daß Montenegro zu seiner „selbständigen“ Verfassung gelangt.

### Der Staat und der Beamtenwohnungsverein.

Von einem Berliner Beamten wird uns geschrieben: Der „Beamtenwohnungsverein“ zu Berlin befindet sich in einer kritischen Lage. Sie zeigt sich am heftigsten darin, daß die letzte Generalversammlung die Jahresrechnung nicht genehmigt. Verschiedene Gründe sind für diesen ungewöhnlichen Vorgang maßgebend gewesen. Zahlreiche Mitglieder haben die Verweigerung, daß in früheren Jahren durch unzulängliche Grundbesitzerwerbungen zu große Mittel fehlgeschlagen sind, die bei den heutigen Ständen des Grundbesitzes in ausreichender Zeit nicht zu realisieren sind. Die Folge war eine gewisse Geldknappheit des Vereins. (In der letzten Bilanz ergebnis allein 850 000 Mark Verschulden.) Als der Verein gegründet wurde, herrschte in Berlin ein großer Mangel an Wohnungen. Er ist heute einem Überfluß gewichen, und das was dazu beitragen

daß die Mitgliederzahl in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, von rund 11 000 auf rund 8000.

Die Hauptursache der Ungleichheit aber muß leider in der durch das Vorgehen der Staatsregierung hervorgerufenen Mietensteigerung gesucht werden. Sie übersteigt in vielen Fällen das Maß dessen, was sich aus der schrittweise „Hausanwärt“ heute erlauben dürfte. Für meine Wohnung beträgt sie 18,75 Prozent, in anderen Fällen über 20 vom Hundert!

Die Staatsregierung hat dem Verein auf seine Grundstücke Hypotheken zu mächtigen Zinsen gegeben. Trotz päpstlicher Zinszahlung forderte sie in den letzten Jahren eine Zinszahlung von 100 000 Mark, um eine teilweise Verzinsung des der Mieten, um eine größere Ausbreitung gelamten Anlagekapitals und eine größere Ausbreitung herbeizuführen. Alle Bemühungen des jetzigen Vorstandes, sie von diesem Verlangen zurückzubringen, aus alle Maßnahmen (wesentliche Verzerrung der Verwaltungskosten, Erhöhung der Mieten beim Wohnungswechsel) waren vergebens. Zuletzt soll die Staatsregierung mit der Mittelregierung nicht durchzuführen gedroht haben, wenn die Mittelregierung nicht durchzuführen würde. Bei der heutigen Lage des Geldmarktes mußte sich darum der Verein schließlich fügen.

Dieses Verhalten der Staatsregierung ist aus mehreren Gründen sehr bedenklich. Bei den heutigen Zuständen auf dem Wohnungsmarkt mußte sie voraussehen, daß eine Mittelregierung zum Austritt vieler Menschen und damit zu einer Gefährdung des Vereins führen würde. Was es doch in Groß-Berlin jetzt preiswerte Wohnungen in Höhe und Fülle. Dies ist die Regierung ein solches Vorgehen für unbedingt nötig, so hätte sie wenigstens einen